

Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Ungarn.

— Die Auffassung der Deutschen.

Aus Wien wird uns von deutsch-österreichischer Seite geschrieben:
Der Beschluß der deutschbürgerlichen Parteien den bekannten in einer gemeinsamen Besprechung mit den deutschen Sozialdemokraten von diesen vorgelegten Antrag, betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Oesterreich, anzunehmen und die in derselben Richtung sich bewegende knappe, aber um so klarere Entschlieung des deutschen Volkstrates in Oesterreich, haben die innerpolitische Lage für die Deutschen außerordentlich geklärt. Sämtliche deutschen Parteien in Oesterreich haben damit der Entwicklung der Dinge Rechnung getragen und einen festen Boden unter ihren Füßen gewonnen, der tragfähig genug ist, um als Grundlage für ihre entschiedene Stellungnahme gegenüber allen Möglichkeiten zu dienen. Bisher hatten die deutschbürgerlichen Parteien der slavischen Politik gegenüber versucht, die zentralistische Auffassung vom Staate zu verteidigen, ohne Rücksicht auf die damit für sie verbundene nationalen Opfer. Dadurch, daß sie diese Position geräumt haben, ist die große slavische Offensive, die für die Herbitzung des Reichstrates verlaunt war, zum Lustfeste geworden während die Deutschen dadurch, daß sie sich auf ihr Selbstbestimmungsrecht zurückgezogen haben, sich in eine taktisch ganz unangreifbare Stellung befinden. Daß dabei auch die nationalpolitische Einheit aller Deutschen in Oesterreich gewonnen wird, ist ein weiterer nicht hoch genug anzuschätzender Gewinn.

Die neue innerpolitische Front der Deutschen

ist damit, daß sie ihnen volle Freiheit des Handelns nach jeder Richtung hin gewährt, wie sie seit die Ereignisse an sich heranreifen lassen können, und darum ist es auch manchem schon bei dem gegenwärtigen Zustande der Dinge allerlei neue Verfassungsskizzen zu schmeiden. In politischer, wirtschaftlicher und nationaler Beziehung genügt den Deutschen in Oesterreich das Selbstbestimmungsrecht vollständig. Der Vorschlag, jetzt schon die Gesamtheit der deutschen Reichsratsabordneten aus dem Abgeordnetenhaus auszulösen und zu einer nationalparlamentarischen Vereinigung, ist deshalb ebenso unzeitgemäß, wie die Verhinderung der Rückführung der Dinge in Ungarn die Deutschen auf ein größeres österreichisches Delegationsprogramm festzulegen.

Durch die Entwicklung der Dinge in Oesterreich ist auch in Ungarn die Frage der nationalen Autonomie als Ausfluß des nationalen Selbstbestimmungsrechtes akut geworden und in ungarischen Regierungskreisen besteht die Meinung, durch eine Revision des Ausgleichs mit Croatten einzufügen und durch die Lösung der Realunion mit Oesterreich die ungarische Verfassung vor weiteren Erschütterungen zu schützen. Graf Apponyi ist der Ansicht, daß der Ausgleichsrevision bereits der Geschichte angehöre, der „Reiter Stab“ aber die Ansicht, daß Ungarn, im Falle des Verschwindens der letzten Reste der österreichischen Staatseinheit, seine Aktionsfreiheit wieder gewinnen würde, und der frühere ungarische Justizminister Greska berichtet sich dahin aus, daß der selbständige ungarische Staat bereits auf den kommenden Friedensverhandlungen eine eigene Vertretung erhalten müsse. Die Deutschen in Oesterreich stehen auf dem Standpunkte unzureichender Ursache zu haben, Ungarn zu Hilfe die letzten Reste staatlicher Einheitlich-

keit in Oesterreich zu verteidigen, wie sie Veranlassung haben, zur Zeit mit größterreichlichem Programm zu hantieren und Magyaren, Polen und Tschechen mit Vorschlägen nachzulassen, die, wenn sie durchführbar sind, weit mehr im Interesse der so Unwohlbaren als in dem der Deutschen liegen. Man hält es jedenfalls für viel klüger, sich auf den Antrag der wirtschaftlichen Verbände zu verlassen, der sich von selbst einstellen und gewisse Bindungen schaffen wird, als von vornherein die Nachbarn zu solchen Bindungen überreden zu wollen, was nur in Begehung sehr wesentlicher Opfer und Zugeständnisse seitens der Deutschen geschehen könnte. Wenn man die Deutschen braucht, und sie haben will, wird man auch den Weg zu ihnen finden; ihre Anschrift ist bekannt: deutsches Selbstbestimmungsrecht.

Nur die Tatsache hat sich aus den Erfahrungen der deutschen Parteien zunächst die Notwendigkeit einer Umorganisation ergeben. Naturgemäß läßt sich diese nicht so rasch bewerkstelligen und so mußte die für den letzten Dienstag nach Prag einberufene Versammlung der tschechischen Volkspartei verschoben werden.